



BürgerInnenbrief

7. Mai 2014

DIE LINKE. Fraktion in der
Hamburgischen Bürgerschaft

Busbeschleunigung & Zitronenfalter +++ Sanierungsstau +++ igs-Gefahreninseln +++ St. Pauli-PlanBude +++ HH-Nord

U-Bahn & Stadtbahn – wer will nochmal ...?

Von Heike Sudmann



Keine echte Planung, aber schon ein Name: U 5

Ein Jahr vor der Bürgerschaftswahl verkündet SPD-Wirtschaftssenator Helmuth Kern einen Bahnanschluss für die Großwohnsiedlungen Osdorfer Born und Steilshoop. Helmuth Kern? Heißt der Wirtschaftssenator nicht Frank Horch? Stimmt, doch schon im Jahr 1973 wurde die Bahnanbindung zu einem Wahlkampfschlager der SPD. Im Jahr 1974 legte der SPD-Bürgermeister Hans-Ulrich Klose die Pläne aus Geldmangel dann allerdings wieder auf Eis. Dieses Schicksal könnte sich auch jetzt wiederholen.

Anfang April 2014 stellten der jetzige Wirtschaftssenator Frank Horch und der Hochbahn-Chef Günter Elste in einer Pressekonferenz Überlegungen zum Ausbau des U-Bahn-Netzes vor. Vorausgegangen war dem im Dezember letzten Jahres die völlig überraschende Ankündigung des Ersten Bürgermeisters, er lasse 30 verschiedene Ausbauvarianten prüfen – was übrigens einer seiner Amtsvorgänger Anfang der 1980er Jahre auch schon mal verkündet hatte. Wie dem auch

sei, von konkreten Planungen lässt sich auch im Jahr 2014 nicht sprechen. Vielmehr sind es Gedankenspiele, die noch weit weg von jeglicher Realität sind. Alles ist möglich, wie in dem von der Verkehrsbehörde (BWVI) verteilten »Vorschlag Schnellbahnnetz 2040 – Gesamtkonzept« deutlich wird:

»Mit einer neuen Linie U5 können die folgenden Potenzialgebiete erschlossen werden:

- Bramfeld • Steilshoop • City Nord • Winterhude • Uhlenhorst • Volkspark-Arenen • Lurup • Osdorfer Born

Zusätzlich bei Variante Nord:

- Universität • Hoheluft • Lokstedt

Zusätzlich bei Variante Süd:

- Altona Altstadt • Ottensen Süd • Bahrenfeld«.

Dass es sich wirklich nur um vage Überlegungen handelt, kommt im letzten Satz der Senatspressemitteilung zum Ausdruck: »Aktuell erarbeitet die Hochbahn im Auftrag des Senats eine Konzeptstudie für den Ausbau des U-Bahnnetzes, die im Laufe des Jahres vorgestellt werden soll. Für die kommende

Legislaturperiode ist dann die Beauftragung einer Machbarkeitsstudie geplant.« (Vorschlag und Pressemitteilung der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation sind zu finden unter: www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4296686/2014-04-09-bwvi-oepnv-der-zukunft.html). Eine Schelmin, die Böses dabei denkt und nicht glaubt, dass die U-Bahn so kommt. Immerhin ist ein U-Bahn-Kilometer locker fünfmal so teuer wie ein Stadtbahnkilometer. Die SPD als Verfechterin der Schuldenbremse dürfte hier in Erklärungsnot kommen – aber das passiert ja erst im Jahr 2015, nach der Bürgerschaftswahl ...

Besonders ärgerlich ist ein vermeintliches Argument der SPD für die U-Bahn. Im Gegensatz zur Stadtbahn sei eine unterirdische U-Bahn viel leichter zu planen, die Proteste der BürgerInnen würden viel geringer sein. Hier schüren Scholz und GenossInnen die Angst vor einer vermeintlichen Ablehnungslobby. Wer allerdings so grottenschlecht wie bei der Busbeschleunigung oder bei der Stadtbahn in Winterhude plant, wird nie zum Erfolg kommen. Mit einer ergebnisoffenen und frühzeitigen BürgerInnenbeteiligung entlang der Trassen dürfte in Hamburg wie in anderen Städten eine Stadtbahn machbar sein.

Stadtbahn – wer hat noch nicht und will noch mal?

Anscheinend grassiert gerade ein »Mal-Virus« in Hamburg. Fast jedeR scheint sich berufen zu fühlen, auf einem Stadtplan mit dickem Filzstift mögliche Schienentrassen zu malen. CDU und GRÜNE wollten hinter den Metro- und U-Bahn-Plänen von Handelskammer und Senat nicht zurückstehen. So haben auch sie Skizzen, dieses Mal für eine Stadtbahn, öffentlich vorgestellt. Es wäre natürlich gemein zu fragen, weshalb sie jetzt, kurz vor den Bezirkswahlen und der Bürgerschaftswahl, damit auf den Markt kommen. Zumal beide bis vor knapp vier Jahren noch in Regierungsverantwortung waren – und die CDU sogar seit Ende 2010 die doppelte Kehrtwendung schaffte: ja zur Stadtbahn, nein zur Stadtbahn und jetzt wieder ja. Wenn der Bau der Stadtbahn zum Wahlkampfthema und zur Verhandlungsmasse möglicher Koalitionen verkommt, werden wir eine unendliche Geschichte der Stadtbahnplanung in Hamburg erleben. Für DIE LINKE ist die Stadtbahn ein Verkehrsmittel der Zukunft – wesentlich kostengünstiger als die U-Bahn, für die Fahrgäste attraktiver, als unterirdisch in die Röhre zu gucken, und aus ökologischer Sicht ein Beitrag zur umweltbewussteren Verteilung des oberirdischen Verkehrsraums.

»Busbeschleunigung« und Zitronenfalter

Von Heike Sudmann



Wer das Wort »Busbeschleunigung« hört, geht logischerweise davon aus, dass hier Busse beschleunigt werden sollen. Doch so wie der Senat sein Programm dazu anlegt, scheint es eher in die Kategorie der Zitronenfalter zu gehören, die bekanntlich auch keine Zitronen falten.

Ob im Bezirk Altona in der Gerichtstraße oder der Bornheide, im Bezirk Mitte in der Langen Reihe oder im Bezirk Nord am Mühlenkamp: Die AnwohnerInnen reiben sich verwundert die Augen, wenn sie die Pläne des Senats zur Busbeschleunigung sehen. Nicht nachvollziehbare Verlegungen von Bushal-

testellen, Einführung von teuren Kreiseln, Behinderungen des Verkehrs, Gefährdung für FußgängerInnen usw. lassen die AnwohnerInnen zum Schluss kommen: So eine Busbeschleunigung wollen wir nicht!

Dabei klingen die Aussagen des Senats gar nicht schlecht:

»Warum ist eine Busbeschleunigung auf Metrobus-Linien zwingend erforderlich?

Auf stark belasteten Metrobus-Linien sind die Busse in den Hauptverkehrszeiten häufig überfüllt. Wenn dies regelmäßig auftritt, werden zusätzliche Fahrten angeboten und/oder größere Fahrzeuge eingesetzt. Bislang konnte die gestiegene Nachfrage im Busverkehr so bewältigt werden. Eine weitere Taktverdichtung ist nur möglich, wenn das Ein- und Aussteigen an den Haltestellen zügiger erfolgt und die Busse im Stadtverkehr ungehinderter fahren können. Dafür müssen Haltestellen umgebaut und der Busverkehr beschleunigt werden. Der Senat hat das Programm zur Busbeschleunigung aufgelegt, um mit vielen Einzelmaßnahmen die Kapazitäten der stark frequentierten Metrobus-Linien zu erhöhen. (...)

Ist es wirklich notwendig, dass die Geschwindigkeit der Busse noch gesteigert wird?

Bei den meist kurzen Abständen zwischen den Haltestellen erreichen die Busse nur selten die zulässige Höchstgeschwindigkeit. Busbeschleunigung heißt in erster Linie, unnötige Haltezeiten an Ampeln und bei Rückstaus zu vermeiden, um die durchschnittliche Reisegeschwindigkeit zu erhöhen und einen verlässlichen Betrieb zu gewährleisten.« (Aus: <http://www.via-bus.de/fragen-antworten/>, aus dem Netz gezogen am 4.5.2014)

Aus diversen Antworten des Senats auf Anfragen aus den Bezirksversammlungen und der Bürgerschaft geht mittler-



Heike Sudmann auf der Demo am Mühlentempel am 12.4.2014 (M. Joho)

»Bushaltestelle Gerichtstraße zurück!«

Unter dieser Parole demonstriert am

Samstag, 17. Mai,

ab 12:00 Uhr die gleichnamige Altonaer Initiative an der **Alten Haltestelle Gerichtstraße vor dem Amtsgericht, Max-Brauer-Allee.** Mehr



als 2.000 NachbarInnen haben gegen die Verlegung der Bushaltestelle unterschrieben. »Unser ganzes Viertel wurde vom Öffentlichen Nahverkehr abgeschnitten und unsere Wut darüber ist groß«, heißt es im Aufruf. »Nun werden wir laut und deutlich und gehen auf die Straße! Wir wollen gemeinsam von der alten zur neuen Haltestelle gehen und uns dafür die Zeit nehmen, die wir brauchen.«

Mehr unter www.gerichtstrasse.de.

weile hervor, dass eine große Bremse bzw. Zeitfresserin im Busverkehr neben schlecht geschalteten Ampelanlagen der Fahrkartenverkauf im Bus ist.

Innerhalb des Tarifrings A, der vom Hochkamp im Westen bis zur Steinfurther Allee im Osten, vom Langenhorn-Markt im Norden bis nach Wilhelmsburg im Süden gilt, gibt es gerade mal an 30 Bushaltestellen Fahrkartenautomaten. Zum Vergleich: Alleine die Linie 3 hat weit über 30 Haltestellen. In den Bussen der Hochbahn wurden im Jahr 2013 rund 13 Mio. Fahrscheine verkauft, an den Fahrkartenautomaten der Hochbahn an Bushaltestellen knapp über 537.000. Wenn jemand genau weiß, was für einen Fahrschein er/sie braucht, dauert der Vorgang laut Senat drei bis vier Sekunden. Wer jedoch Tarifauskünfte benötigt oder sein Portemonnaie sucht, braucht wesentlich länger (die Zahlen zum Fahrkartenverkauf wurden der Schriftlichen Kleinen Anfrage Drucksache 20/11222 entnommen). Die Aufstellung von Fahrscheinautomaten würde also einen wesentlichen Beitrag zur Beschleunigung des Busverkehrs liefern.

Der Senat bleibt weiterhin die Antwort schuldig, was sein Busbeschleunigungsprogramm wirklich ist. Bisher sieht es eher wie ein schmückendes Beiwerk für ein klammheimliches Straßenausbauprogramm aus. Dazu passt, dass der Senat nicht in der Lage ist, die Kosten aufzuschlüsseln: Was ist für den Busverkehr vorgesehen, was kommt dem Autoverkehr zu Gute?

Aus meiner Sicht muss dieses Busbeschleunigungsprogramm sofort gestoppt werden. Eine Neuauflage der Planung ist erforderlich. Alle Karten bzw. Daten müssen auf den Tisch kommen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit ist verbindlich zu regeln, die öffentliche Vorstellung in den bezirklichen Verkehrs- oder Regionalausschüssen reicht nicht.

Sozialdemokratischer Sanierungsstau

Von Joachim Bischoff



Geld für die Fällung von Bäumen ist offenbar vorhanden ... (M. Joho)

Hamburg wird vernünftig regiert – das behauptet die Mehrheitsfraktion der SPD. Die Thesen vom Kaputtsparen der Bezirke und einer Vernachlässigung der öffentlichen Infrastruktur seien unhaltbare politische Polemik. SPD-Fraktionsvorsitzender Dressel: »Es zeigt sich, dass von einem Ausbluten der Infrastruktur in den Stadtteilen keine Rede sein kann – das Gegenteil ist der Fall. Vieles wird auf Vordermann gebracht.« Angesichts des Sanierungsstaus, den die SPD von den Vorgängersensaten geerbt habe, werde das aber noch Jahre dauern.

Den Beweis für die aktive SPD-Politik soll eine Investitionsaufstellung für den Zeitraum 2011 bis 2017 liefern. Knapp 8,2 Mrd. Euro wurden oder werden in die Infrastruktur der Stadt gesteckt. Den größten Anteil der öffentlichen Investitionen erhält laut SPD-Liste der Bezirk Mitte und hier vor allem die Armutsquartiere Billstedt und Wilhelmsburg. Aufgeführt werden dabei u.a. 19,8 Mio. für den Hallenbad-Neubau im Wilhelmsburger Inselpark, 65,7 Mio. für die schicke HafenCity-Universität und 18,3 Mio. für die Bühnenmaschinerie und den Bühnenturm des Schauspielhauses. Mit 194 Mio. Euro geht der dickste Batzen in den Umbau des CCH, der 2017 beginnen soll. Dazu kommen Straßensanierungen, Schulumbauten, Gelder für Krankenhäuser, Fuhrparks und Investitionen im Hafengebiet, aber auch viele kleine Projekte.

Die SPD-Abgeordneten des Wahlkreises Süderelbe behaupten: »Nach zehn Jahren Investitionsstau in der öffentlichen Infrastruktur fließen jetzt wieder Gelder in die Wahlkreise und somit in Hamburgs Zukunft.« Allein 29 Mio. Euro habe der Senat in den Ausbau und die Renovierung der Schulen im Bereich Süderelbe investiert. Weitere Schwerpunkte bei

der Stärkung der Infrastruktur seien die Krankenhäuser Mariahilf und das Klinikum Harburg, »die zusammen mit 50 Millionen Euro neustrukturiert werden«. Rund 1,6 Mio. Euro investiere der Senat in die Sanierung von Spielplätzen im Süderelbe-Raum. »Der Hafen bekommt für 207 Millionen Euro eine zweite Kattwykbrücke. Diese zweigleisige Eisenbahnbrücke wird die südlichen DB-Knoten Hausbruch und Harburg weiter entlasten. Zusätzlich 78 Millionen Euro fließen in den Ausbau der weiteren Hafinfrastruktur im Wahlkreis.«

Diesen Zahlen stellen die Medien die Angaben gegenüber, dass rund ein Drittel der Hamburger Straßen marode ist, Grünanlage und Sportplätze einen großen Sanierungsrückstau aufweisen und dass seit 2011 in den Bezirken rund 545 Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich abgebaut wurden. Mit einer Auflistung von Investitionsprojekten in die Bezirke über einen Zeitraum von sieben Jahren kann man keinen Gegenbeweis eines großen und noch anwachsenden Investitionsrückstaus antreten. Schaut man sich den letzten Geschäftsbericht (2012) über die Hamburger Kernverwaltung und die dazu gehörigen Tochterorganisationen (Sondervermögen u.a.) an, lässt sich ein wenig Dunkel in diese Widersprüche bringen.

Hamburg hat in den letzten Jahrzehnten im Bereich der Kernverwaltung ein Schuldenvolumen von ca. 28 Mrd. Euro aufgehäuft. Zur Konsolidierung wird bei weitgehendem Verzicht auf eine strukturelle Verbesserung der Einnahmesituation und eine gründliche Überprüfung der bestehenden Steuerpraxis (Ausweitung der Steuerprüfungen und Bekämpfung der Steuerhinterziehung) eine rigorose Deckelung der Ausgaben verfolgt. Der SPD-Senat hat den BürgerInnen der

Stadt versprochen, durch eine »sparsame Haushaltsführung« bis 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und damit die »Schuldenbremse« einzuhalten. Um das mehrfach beschworene Ziel zu erreichen, dürfen die jährlichen Ausgabensteigerungen 0,88% nicht übersteigen. Dies bedeutet schon angesichts der Preissteigerungsrate praktisch, dass in vielen Bereichen jährlich Ausgabenkürzungen stattfinden müssen. So sollen pro Jahr 250 Stellen (Vollzeitäquivalente) gestrichen werden. Das Ziel – weniger Ausgaben für öffentliche Aufgaben – wurde im Haushaltsjahr erreicht. Mehr Einnahmen infolge stabiler Konjunktur sowie entsprechenden Steuermehreinnahmen und weniger Ausgaben haben dazu geführt, dass das Haushaltsdefizit, also die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben, und die Nettokreditaufnahme niedriger ausfielen als geplant. Es blieb noch ein Defizit: Auszugleichen waren 2013 470 Mio. Euro (Plan: 714 Mio. Euro; Ursprungsplan: 597,6 Mio. Euro), nach 592 Mio. Euro im Vorjahr. Statt 450 Mio. Euro mussten nur 197,9 Mio. Euro an neuen Krediten aufgenommen werden. Bis 2019 soll diese Lücke ganz geschlossen werden.

Neben dieser Verkleinerung des Haushaltsdefizits ist allerdings zur Einhaltung der Schuldenbremse auch ein weiterer Verzehr des städtischen Vermögens hingenommen worden, der eben nur in einer modernisierten (sprich: doppischen) Haushaltsführung sichtbar wird. Das ständig sinkende Niveau öffentlicher Investitionen heißt im Klartext, dass das in Gebäuden, Straßen, Grünanlagen etc. angelegte städtische Vermögen nicht einmal in der Substanz erhalten, geschweige denn vermehrt wird.

Der Sanierungsstau wird vom Rechnungshof auf 4,7 Mrd. Euro geschätzt. Um den Substanzverlust aufzuhalten, wurde neben den einzelnen Mitteln, die jeweils in den Fachbehörden für Instandhaltung und Sanierung zur Verfügung stehen, zusätzlich ein »Sanierungsfonds Hamburg 2020« aufgelegt. Darin stehen jährlich 25 Mio. Euro für Sofortmaßnahmen zur Verfügung, also bis Ende 2013 insgesamt 75 Mio. Euro.

Drei Mrd. Euro werden für die notwendigen Arbeiten an Hamburgs Schulen benötigt; rund 2 Mrd. Euro will der SPD-Senat bis Ende 2020 investiert haben. Und: Hamburgs Straßen sind kaputt. 700 Mio. Euro wären nötig, um alle Schlaglöcher und Fahrbahnschäden auszubessern. Der SPD-Senat will in der 2015 endenden Legislatur rund 400 Fahrbahnkilometer instand gesetzt haben. Kostenpunkt: 278 Mio. Euro. 700 Mio. Euro wären nötig, um die maroden Straßen auszubessern. Von den 1.134 von der Stadt unterhaltenen Brücken sind 222 dringend sanierungsbedürftig. Dazu kommt ein Sanierungsstau bei den Universitäten von ca. 800 Mio. Euro. Auch für viele Gebäude wie die Bücherhallen oder Sportstätten sind Sanierungsmittel bitter nötig. Für die Behebung der gravierendsten Mängel in Parks und Sportstätten sind 6,3 Mio. Euro eingeplant.

Eine genaue Bewertung des Vermögensverlustes kann nur im Rahmen einer Einzelbewertung des Infrastrukturvermögens erfolgen; da diese noch längere Zeit auf sich warten lassen wird, sind der politischen Kaschierung von Vermögensverlusten Tür und Tor geöffnet.



Schlaglöcher in Wandsbek. Online-Wegewart auf www.hamburg.de

Hinter den teils schmerzhaften Sparbemühungen von Hamburg und anderen Bundesländern stecken die Vorgaben der 2011 eingeführten verbindlichen Schuldenbremse, die 2009 von Bundestag und Bundesrat beschlossen und im Grundgesetz verankert wurde. Bund und Länder dürfen ein Minus in der Kasse demnach künftig grundsätzlich nicht mehr über neue Kredite ausgleichen. Für den Bund wird es bereits 2016 ernst. Dann wird ihm nur noch ein Spielraum von 0,35% des Bruttoinlandsproduktes pro Jahr zugestanden. Die Bundesländer sollen spätestens von 2020 an ganz ohne Nettokreditaufnahme auskommen. Um das zu schaffen, gibt es für »arme« Länder bis dahin millionenschwere Unterstützung aus einem Fonds. Ausnahmen vom festgelegten Sparzwang sind aber weiterhin möglich – z.B. bei schweren Wirtschaftskrisen, außergewöhnlichen Notsituationen oder bei Naturkatastrophen.

Auch in Hamburg führt die Ausrichtung an der Schuldenbremse und die politische Untätigkeit beim Steuervollzug sowie der Umsetzung eines sozial gerechten Steuersystems immer tiefer in eine gesellschaftspolitische Sackgasse. Wir brauchen ein umfassendes Investitionsprogramm und dafür müssen über ein sozial gerechtes Steuersystem mehr Mittel beschafft werden. Seit Jahren hat der Haushaltskonsolidierungskurs unter dem selbst gesetzten Diktat der Schuldenbremse zu einer finanziellen Ausblutung der Kommunen geführt, sodass ein aktives Gestalten der kommunalen Entwicklungen und Perspektiven kaum mehr möglich ist. Die SPD hat sich in der Verabredung zur Großen Koalition im Bund von allen Plänen der Steuererhöhung verabschiedet. Neuerdings kommt die Sozialdemokratie sogar der Union bei Plänen zur Steuersenkung entgegen. Dies ist die falsche Richtung. Für die Finanzierung eines Investitions- und Ausgabenprogrammes der öffentlichen Infrastruktur ist ein Umbau des Steuersystems unverzichtbar.

Lärmschutz in Wilhelmsburg: Weiter Ohren zu?

Von Heike Sudmann



Demo in Wilhelmsburg, April 2014 (Foto: Heike Sudmann)

Wie bereits im BürgerInnenbrief vom 27. März 2014 berichtet, hat die Planungsgesellschaft DEGES im Auftrag des Senats und der Deutschen Bahn den Lärmschutz für die Wohngebiete entlang der Bahntrasse abgebaut. Der neue Lärmschutz soll erst sechs bis elf Monate später hergestellt werden. Die Aktion ist eine der vorbereitenden Maßnahmen zur Verlegung der Wilhelmsburger Reichsstraße an die Bahntrasse.

Hiergegen hat sich inzwischen breiter Protest aufgebaut: AnliegerInnen vor Ort, betroffene MieterInnen der SAGA und alle Parteien in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte fordern sofortige Schutzmaßnahmen.

Die Linksfraktion hat zur Unterstützung des Protestes und vor allem zum Schutz der Gesundheit der Betroffenen die sofortige Herstellung von Lärmschutz gefordert (Drs. 20/11192), denn die AnwohnerInnen dürfen nicht unter den Planungsfehlern der DEGES leiden.

Die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft sieht das anders: Solche Beeinträchtigungen ließen sich nicht anders handhaben,

Bauzeit sei immer lästig. Da bei den SPDlern vor Ort kein Protest der SAGA-MieterInnen eingegangen sei, könne es auch nicht so schlimm sein. Wer diese Argumentation wie auch die Beiträge der Oppositionsfraktionen wortwörtlich hören und sehen möchte, kann das hier tun: <http://youtu.be/T7Xd-CIdo1I>.

Begeistert bin ich von dem Elan der engagierten WilhelmsburgerInnen, die unverdrossen auf ihre Anliegen hinweisen. Am letzten Aprilwochenende haben sie eine Mahnwache an der S-Bahn organisiert, dieses Mal zur Unterstützung der SAGA-MieterInnen.

Für mich ist es weiterhin empörend, wie egal der SPD die Gesundheit der Menschen ist. Anscheinend war keiner ihrer VertreterInnen vor Ort, um mal einen Hörtest zu machen – oder um seine/ihre ruhigere Wohnung zur Erholung anzubieten. Langsam müsste auch der Senat merken, dass er mit »Augen und Ohren zu« nicht durchkommen kann.

Gefahreninseln im igs-Park: Modell für Hamburg?

Von Michael Rothschuh, Mitglied im Verein Zukunft Elbinsel e.V.



Tristesse: Abholzung des Wilhelmsburger Parks für die igs (M. Joho)

Nach dem Ende der »internationalen Gartenschau« (igs) in Wilhelmsburg sollen vier Bereiche im Wilhelmsburger Park eingezäunt und jeden Abend verschlossen werden. Dies plant der Leiter des Bezirksamts Mitte, Andy Grote. Nur so könne man des von ihm erwarteten Vandalismus Herr werden.

»Die grüne Zukunft beginnt für die Wilhelmsburger, wenn der Zaun gefallen ist«, schrieb die Deutsche Bundesgartenschau-Gesellschaft zum Abschluss der von ihr mitgetragenen igs am 13. Oktober 2013.¹ Der Zaun wird abgerissen, so schien es klar zu sein, zumal im seit 2012 geltenden Bebauungsplan 90 steht: »Nach Beendigung der igs 2013 sollen die Gartenschauflächen (...) allen Bürgern uneingeschränkt zur Verfügung stehen.«

Einen Tag nach Abschluss der Gartenschau aber legten Landschaftsarchitekten einen von der igs in Auftrag gegebenen »Übersichtsplan Zaunverlauf« vor. igs-Chef Baumgarten und danach auch Bezirksamtsleiter Grote lancierten nun die »Idee«, man könne doch wegen des möglichen »Vandalismus« im Einverständnis mit den WilhelmsburgerInnen einen Teil des Parks eingezäunt lassen.

Vom Wilhelmsburger Park über die Gartenschau zum Wilhelmsburger Inseelpark

Die Grünfläche im Südwesten Wilhelmsburgs, ein tiefliegender und bei der Sturmflut 1962 überfluteter Bereich zwischen Eisenbahn und Georg-Wilhelm-Straße, war Ende der 1960er Jahre mit Hilfe von Erdaufschüttungen zum »Wilhelmsburger Park« entwickelt worden, mit integrierten Kleingärten, zu Seen ausgeweiteten Bracks sowie einer Brücke über die durch das Gelände führende Wilhelmsburger Reichsstraße. Dieser Park wurde nun zum Gebiet der igs, die von April bis Oktober 2013 stattfand.

Mit Zäunen geschlossen wurde der Park bereits 2010 entgegen ursprünglichen Zusagen mit Verweis auf »Vandalismus« – worunter Benzindiebstähle ebenso gezählt wurden wie Zerstörungen von in den Boden eingelassenen Lampen. Neu hinzu gezogene BewohnerInnen sowie jüngere Kinder kennen den seither vom Stadtteil abgegrenzten Wilhelmsburger Park gar nicht mehr, ja, der neue Bezirksamtsleiter Grote erklärte in einem Interview mit WilhelmsburgOnline allen Ernstes: »Den Park gab es gar nicht.«²

Die igs hat den Park erheblich umgebaut, es gibt jetzt einige tausend Bäume weniger, dafür einige tausend Meter mehr Asphaltwege, kaum Gebüsch, dafür teilweise betonierte Blumenbeete, zugänglichere Wasserflächen sowie viele neue Wohngebäude der »Internationalen Bauausstellung« (IBA) an den Rändern des Parks. Außerdem sind auf Brachflächen des ehemaligen Containerbahnhofs Sportanlagen entstanden. Ob der nun »Wilhelmsburger Inseelpark« genannte Park schöner und besser ist als der vormalige »Wilhelmsburger Park« – dazu gibt es sehr unterschiedliche Blickwinkel und Meinungen.

Zaunplanungen

Fast ein halbes Jahr hat es gedauert, bis im März 2014 die Zaunplanungen veröffentlicht wurden,³ nun in mehreren jeweils vorläufigen Varianten. Die in der aktuellsten Planung vorgesehenen vier Parkinseln sind teils durch Zäune sowie die

¹ <http://bundesgartenschau.de/buga-iga/bisherige-gartenschauen/in-80-gaerten-um-die-welt> (download 20.4.2014, mittlerweile ist der Text von der Bundesgartenschau verändert).

² www.wilhelmsburgonline.de/2014/01/bezirksamtsleiter-andy-grote-schildert-plaene-zur-zukunft-des-inseelparks/

³ www.hamburg.de/archiv-2014/4250226/bam-2014_0113-inseelpark-oeffnung-art.html

Wilhelmsburger Reichsstraße und die Bahn, teils durch Gewässer begrenzt: Sechs Brücken können durch Tore gesperrt werden. Wenn die Reichsstraße tatsächlich verlegt werden sollte (geplant ist das jetzt für 2019, es gibt aber Klagen dagegen), müsste sie teilweise durch Zäune ersetzt werden. Insgesamt bleiben bei dieser Planung nur drei Tore aus der igs-Zeit an ihrem Platz bestehen, 17 sollen zurückgebaut werden, aber 22 neu entstehen.

»Gefahreninseln« im Wilhelmsburger Park

Der Begriff »Gefahreninsel« wurde von der Hamburger Polizei im Januar 2014 erfunden, als nach Auseinandersetzungen an der Davidwache ein zunächst großes »Gefahrengebiet« für verdachtsunabhängige Personenkontrollen reduziert werden sollte auf drei »Gefahreninseln« im Umfeld von drei Polizeiwachen.⁴ Über solche Kontrollmaßnahmen weit hinaus geht das nächtliche Aufenthaltsverbot für die geschlossenen Bereiche im Wilhelmsburger Park. Deshalb bezeichne ich diese Gebiete als »Gefahreninseln« und sehe in ihnen eine keinesfalls zu akzeptierende Einschränkung des Grundrechts auf freie Nutzung des öffentlichen Raums. Betroffen sind davon vor allem diejenigen, die über wenig oder gar keinen privaten Raum verfügen.

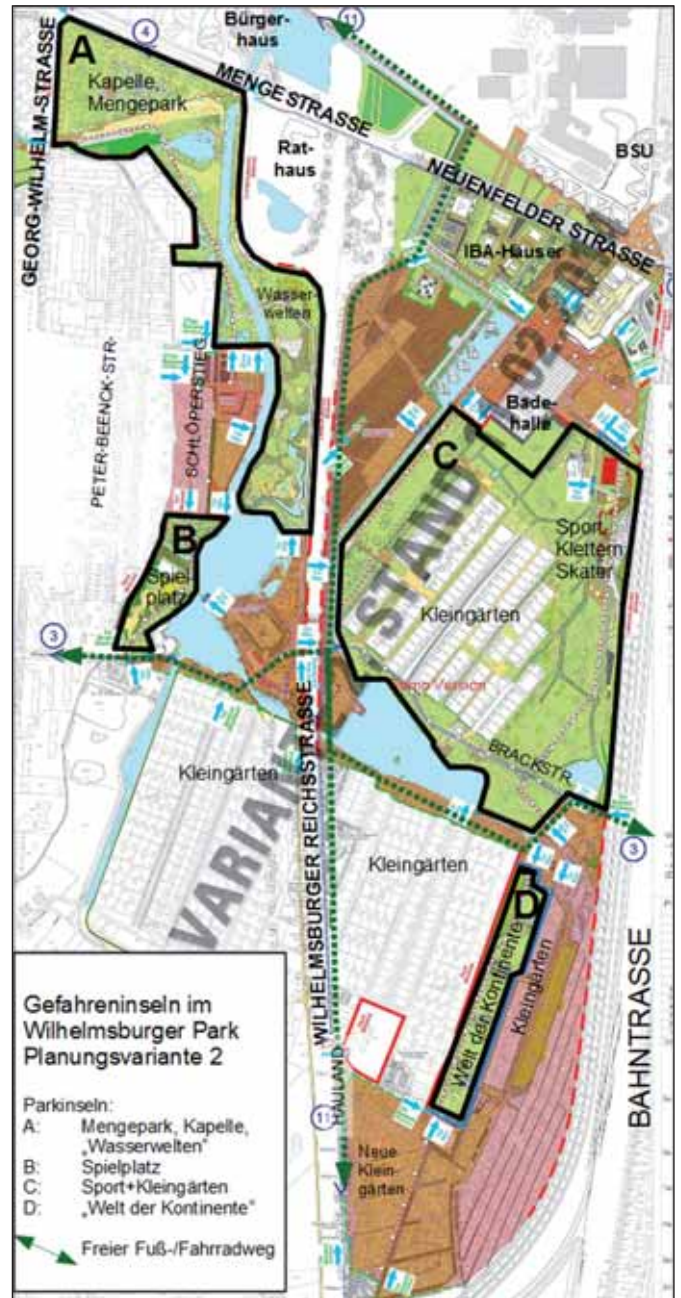
**Öffentliche Diskussion in Wilhelmsburg:
Der Zaun muss weg**

»Die Planung wird ergebnisoffen im Stadtteil diskutiert«, heißt es am 5. März 2014 auf der Website des Bezirks.⁵ Tatsächlich wurden vom Bezirk zunächst Gespräche mit KleingärtnerInnen und Unternehmen geführt. Große Öffentlichkeit fand dann am 11. Februar ein von verschiedenen Wilhelmsburger Gruppen eingeladenes Park-Ratschlag mit VertreterInnen des Bezirks Mitte. Dokumentiert ist diese Diskussion u.a. als Tonaufnahme von Matthias Lintl⁶ und mit von Manuel Humburg ausgewählten Redeausschnitten.⁷ Die Beiträge waren so vielfältig wie die TeilnehmerInnen: AnwohnerInnen, IBA-BegleiterInnen, KleingärtnerInnen, SkaterInnen, Alt- und Neu-WilhelmsburgerInnen, UnternehmerInnen, interkulturelle GärtnerInnen. Von 27 RednerInnen aber waren sich 26 einig: Der Zaun muss weg, wir brauchen einen freien Park für freie Menschen.

Da es bei der öffentlichen Diskussion nicht die erhoffte Zustimmung zu den Zaunplanungen gab, versucht der Bezirksamtsleiter seither in nicht-öffentlichen Gesprächen mit persönlich eingeladenen VertreterInnen der kommerziellen Institutionen im Park, mit AnwohnerInnen vor allem der IBA-Gebäude und mit KleingärtnerInnen die Position des Bezirks voranzubringen. Der Regionalausschuss Wilhelmsburg/Veddel hat eine Öffentliche Anhörung beschlossen, aber bisher keinen Termin dafür vor den Bezirksneuwahlen bestimmt.

Bedeutung der Park-Diskussion für Hamburg

Es geht um die Menschen in Wilhelmsburg, es geht aber auch um die Stadtentwicklung in Hamburg, denn in Wilhelmsburg ist, wie die igs in ihrer »Basisinformation« schreibt, »ein Park des 21. Jahrhunderts entstanden, der als Modell für andere Grünanlagen und Parks in der Hansestadt und anderen Städten dienen könnte«.⁸



Zeichnung Rothschild - Hintergrund: FHH und IGS; 11.2.2014, Zaunvariante 2

1. Die Einzäunung ist eine Voraussetzung für eine mögliche Vermarktung der Parks
Keine Partei, kein/e Bürgermeister/in wird dies als Ziel beschreiben. Aber schon bald nach den Bürgerschaftswahlen wird zum Haushalt 2015/2016 nicht gefragt werden, ob, sondern wo man Ausgaben reduzieren und Einnahmen ge-

⁴ www.abendblatt.de/themen/gefahrenegebiet/
⁵ www.hamburg.de/mitte/archiv-2014/4250226/bam-20140113-insel-park-oeffnung-art.html
⁶ https://soundcloud.com/mathias-lintl/parkratschlag-11-02-2014komp
⁷ http://zukunft-elbinsel.de/volkspark-ohne-zaun-klare-ansage-park-ratschlag/
⁸ IGS 2013: Basisinformation ParkSport- eine Gartenschau die bewegt, http://www.igs-hamburg.de/uploads/pics/igs2013_Basispresseinfo_ParkSport.pdf

nerieren kann. Dann steht z.B. zur Debatte: weniger Stadtteilkultur oder Einnahmen für Planten un Blumen – und dann auch den Wilhelmsburger Inseelpark.

Möglich sind z.B.

- a) Eintrittsgelder (auf der Website von Planten un Blumen heißt es, man hoffe [!], dass der Park auch in Zukunft umsonst zu besuchen sei⁹) – so geschieht es häufig bei der Nachnutzung von Gartenschauen.¹⁰
 - b) Werbeveranstaltungen auf den Flächen (die Stadtpark Norderstedt GmbH – Nachfolgerin einer Gartenschau – veranstaltet z.B. große Auto-Shows am See¹¹).
 - c) die zeitweise exklusive Vermietung von Flächen (dies geschieht bereits faktisch durch Vermietung der Kapelle mit Hinweis auf die damit verbundene Nutzung des Parks in der Parkinsel A: »Wie auch immer Sie Kapelle und Park nutzen – Sie werden Teil eines lebendigen Kunstwerks«¹²). Das Konzept von vier abschließbaren Parkinseln schafft besonders viele Möglichkeiten, aus einem Park für alle und öffentlichem Raum Veranstaltungsflächen zu machen, die dem Gesetz des Marktes unterworfen werden.
2. Man gewöhnt sich langsam daran, dass ein privater Sicherheitsdienst öffentliche Räume (bei der igs sowie der Stadtpark Norderstedt GmbH ist das Pütz Security¹³) überwacht, wie es jetzt schon in Planten un Blumen geschieht.
 3. Am gefährlichsten ist für mich aber die Einschränkung der Grundrechte und des öffentlichen Raums: Mit der Maßgabe »Wo »Vandalismus« droht, muss man Flächen absperren«, können beliebige öffentliche Flächen gesperrt werden (so-

zusagen Überall-Gefahrengebiete), was dort auf ein abendliches Ausgehverbot hinausläuft.

Nächster Zaunpark: Alter Elbpark?

Nach den Bezirkswahlen will sich der Bezirk mit dem Alten Elbpark bei der Kersten-Miles-Brücke befassen. Auch dort geht es um eine »Aufwertung der Umgebung« und Einrichtung »neuer Nutzungsangebote« im Park.¹⁴ Auch dort könnten überfüllte Mülleimer und Graffiti als »Vandalismus« gedeutet werden, der den schönen neuen Park gefährden und die Idee eines Zauns aufkommen lassen könnte. Aber vielleicht erinnert sich der Bezirk nicht erst dann an seine Erfahrungen, die er mit dem Zaunbau unter der Kersten-Miles-Brücke zur Vertreibung der Obdachlosen gemacht hat. Nach umfangreichen Protesten wurde der Zaun schnell wieder entfernt. Denn, so die Erkenntnis des Bezirks Mitte, »dabei wurde die Symbolwirkung eines Zauns unterschätzt.«¹⁵

⁹ <https://plantenunblumen.hamburg.de/parkanlagen-np/>

¹⁰ Vgl. Cornelia Dörries, 2013: Einbinden oder einzäunen, <http://dabonline.de/2013/04/30/einbinden-oder-einzaunen/>

¹¹ www.autoshownord.de/2besucher.html

¹² igs 2013: Freiraum für Fantasie, http://epub.sub.uni-hamburg.de/epub/volltexte/2010/5195/pdf/Wilhelmsburger_Kapelle.pdf

¹³ www.abendblatt.de/region/norderstedt/article2404854/Sie-sind-dawenn-es-gefaehrlich-werden-koennte.html

¹⁴ www.abendblatt.de/hamburg/hamburg-mitte/article125389661/Standesicherheit-des-Bismarck-Denkmal-akut-gefaehrdet.html

¹⁵ www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/3093576/kersten-miles-bruecke.html

Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

In großer Einhelligkeit ist nun schon zum dritten Mal ein **Betriebsrat der Linksfraktion** gewählt worden. Er setzt sich – wie in der letzten Amtszeit – zusammen aus den ver.di-KollegInnen Sabrina Glimmann, Antje Schellner und Michael Joho. Wir sagen von dieser Stelle herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl.

Gleich drei neue Broschüren hat die Hamburger Linksfraktion in den letzten Tagen herausgegeben: Zum einen ihren 25seitigen **Minderheitsbericht zum 721seitigen Abschlussbericht des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) Elbphilharmonie**, zum zweiten ein 48seitiges Material mit dem Titel **Gute Schule für alle. Hamburg braucht ein inklusives Schulwesen** und zum dritten die Broschüre **Mehr als schöne Worte? BürgerInnenbeteiligung in Hamburg**, in der auf 44 Seiten Wissenschaftler (Prof. Dr. Simon Güntner), Praktiker (Dr. Andreas Pfadt), Demokratiebewegte (Dr. Manfred Brandt) sowie Hartmut Obens, Michael Joho und Heike Sudmann Stellung nehmen. Alles verfügbar über die Website www.linksfraktion-hamburg.de.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat zwei höchst interessante Studien veröffentlicht, die gerade auch in der Hafen- und Handelsstadt Hamburg Resonanz finden sollten. **Flüchtlinge willkommen – Refugees welcome? Mythen und Fakten zur Migrations- und Flüchtlingspolitik** ist die eine, von Christian Jakob verfasste Broschüre überschrieben (<http://www.rosalux.de/publication/40329>). Die andere kommt von der bekannten taz-Redakteurin Ulrike Herrmann und trägt den Titel **Freihandel – Projekt der Mächtigen**. Darin geht es um das zurzeit schwer umstrittene Freihandelsabkommen TTIP (<http://rosalux-europa.info/aktuell/TTIP-Freihandel/>).



Auch im Alter gut leben, das ist das Thema einer Veranstaltung der Linksfraktion am **Mittwoch, den 7. Mai**, um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Bornheide (Bornheide 76). Welche Möglichkeiten gibt es, wenn man alt und arm ist? Wie kann die SeniorInnenarbeit ausgebaut werden, um soziale und politische Teilhabe zu unterstützen? Welche Ideen und Ansätze machen Mut?

Solidarität mit Griechenland praktizieren die Europaabgeordnete der LINKEN Sabine Wils und Giorgos Chondros vom Linksbündnis Syriza, wenn sie am **Mittwoch, den 7. Mai**, über die Frage sprechen: **Warum und wie wehrt sich die griechische Bevölkerung?** Die Veranstaltung beginnt um 19:00 Uhr im »Café Veronika« (Julius-Vosseler-Straße 193).

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) lädt zusammen mit dem »Bündnis für das Wohnen in Hamburg« ein zu einer Fachveranstaltung am **Donnerstag, den 8. Mai**, ab 15:00 Uhr im Congress Centrum Hamburg. Im Mittelpunkt steht die vereinbarte **Wohnungsmarktanalyse**, konkret bezogen auf diese Bereiche: Versorgungswirkungen des Wohnungsneubaus (Sickerstudie), Wohnsituation der Niedrigeinkommensbezieher, Nachfrage nach innerstädtischen Wohnstandorten, Praxis der energetischen Wohnungsmodernisierung. .

Prof. Martin Kronauer (Hochschule für Wirtschaft und Recht, Berlin) hält am **Donnerstag, den 8. Mai**, um 18:00 Uhr einen Vortrag zu **Polarisierten Städten. Herausforderung für die Stadtpolitik in Deutschland**. Ausgeführt wird dabei, wie sich die zunehmende Einkommenspolarisierung auf die Stadtregionen auswirkt und welche Gegenstrategien ergriffen werden können. Die Veranstaltung ist Teil einer Reihe zum »Urbanen Raum in Bewegung« und findet im Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg (Von-Melle-Park 9, Raum S27) statt. Weitere Infos unter <http://www.wiso.uni-hamburg.de/es//fachbereiche/sozialoekonomie/forschung/zoess/aktuelles/ansicht/meldung/siegfried-landshut-colloquium-2014-urbaner-raum-in-bewegung/>.



Hamburg im Ausverkauf ist eine Veranstaltung des **Nordnetzes**, des Netzwerks von Bürgerinitiativen im Hamburger Norden, am **Donnerstag, den 8. Mai**, überschrieben. Initiativen- und ParteienvertreterInnen (darunter für DIE LINKE Lars Buchmann, s. seinen Beitrag im vorliegenden »BürgerInnenbrief«, S. 13f.) diskutieren ab 19:30 Uhr in der Martinistraße 33 (Ecke Tarpenbekstraße) vor allem diese Fragen: »Wer entscheidet, wie wir leben? Wo bleibt die Bürgerbeteiligung?«

Auf dem bereits in den vorausgegangenen BürgerInnenbriefen angekündigten **Beteiligungsforum** soll am **Freitag, den 9. Mai**, von 16:00 bis 22:00 Uhr im Bürgerhaus Wilhelmsburg eine Art Bilanz der BürgerInnenbeteiligung von unten gezogen werden. Zunächst geht es um Stadtteilbeiräte, neue Aktionsformen im Zusammenhang der Recht-auf-Stadt-Bewegung,

fehlende Partizipation bei großen Infrastrukturprojekten und Bürger-/Volksentscheide. Um 22 Uhr nehmen dann PolitikerInnen (darunter für DIE LINKE Heike Sudmann) zu den Thesen und Diskussionsergebnissen Stellung. Mehr dazu unter www.beteiligungsforumhamburg.wordpress.com.



Ebenfalls am **Freitag, den 9. Mai**, lädt die **GRÜNE Bürgerschaftsfraktion** zum Kongress **Wohin mit der Stadt** ein. Von 14:00 bis 19:00 Uhr wird in der Jugendmusikschule (Mittelweg 42) getagt, es geht u.a. um innovative Unternehmen, einen sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt, mehr Raum für das gute Leben und neue Wege zur Nachhaltigkeit. Mehr unter www.gruene-fraktion-hamburg.de.



Einen politisch-cineastischen Höhepunkt kann mensch sich für den **7. Mai** um 19:15 Uhr sowie den **11. Mai** um 13:00 Uhr im Kalender eintragen. Zu diesen Zeitpunkten läuft im Kino »3001« (Schanzenstraße 75, Hof) der neue Film **Mietrebellen – Widerstand gegen den Ausverkauf der Stadt**, der die Proteste von Berliner MieterInnen im Kampf gegen Zwangsräumungen schildert. Infos unter www.mietrebellen.de.



In vielen Ländern findet vom **15. bis 25. Mai** – also im Vorfeld der Europawahl – eine **Blockupy-Aktionswoche** mit diversen Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen statt. DIE LINKE beteiligt sich daran unter dem Motto »Gegen die Macht der Banken – wer Europa will, muss es den Reichen nehmen!« Zentrale Veranstaltung in Hamburg ist eine **Demonstration am Samstag, den 17. Mai**, um 12:30 Uhr ab Hauptbahnhof. Von dort geht es in Richtung HafenCity und Elbphilharmonie, zu den Symbolen für Elitenkultur, Verschwendung und Korruption. Mehr dazu unter <http://blockupy.org>.

org/mai-2014/. Wer aktuelle Infos vom Blockupy-Bündnis haben möchte, trägt sich ein unter <https://blockupy.org/kontakt/newsletter/>.

Am **Samstag, den 17. Mai**, wird das **Hamburger Genossenschafts-Museum** an seinem neuen Platz – im Gewerkschaftshaus – wiedereröffnet. Lange Zeit war es in der ehemaligen DGB- und KONSUM-Schule in Sasel untergebracht gewesen, bis der DGB seine Bildungsstätte aufgab. Die Wiedereröffnung des KONSUM-Museums geht einher mit der Festveranstaltung aus Anlass des **111jährigen Bestehens des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften e.V.** BesucherInnen erwartet zwischen 11 und 16 Uhr im »Klubraum« des Gewerkschaftshauses (Besenbinderhof 62) ein abwechslungsreiches Programm mit Museumsführungen, alten GEG-Filmen, AutorInnenlesungen und allerlei Gesprächen.

Auch in **Bergedorf** steigen die Mieten rasch, günstiger Wohnraum ist knapp. Anlass für die Bergedorfer LINKE, zu einer **mieten- und wohnungspolitischen Veranstaltung** einzuladen, und zwar für **Montag, den 19. Mai**, um 20:00 Uhr im Balami, Holtenkliner Straße 26, 21029 Hamburg. ReferentInnen sind Ernie Heilmann, Bezirksabgeordneter der LINKEN, und Heike Sudmann, die wohnungspolitische Sprecherin der Linksfraktion in der Bürgerschaft.

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe der Linksfraktion »Hamburg hat ArMUT« geht es am **Donnerstag, den 22. Mai** um 19:00 Uhr, im Kulturpalast Billstedt (Öjendorfer Weg 30) um das Thema **Gesund leben in Billstedt – was brauchen wir für den Stadtteil?** DiskussionsteilnehmerInnen sind u.a. der Facharzt Dr. Gerd Fass, Bettina Rosenbusch vom Billenetz, Klaus Wicher vom SoVD und Karin Robben vom Projekt MiMi (Mit Migranten für Migranten), moderiert wird die Veranstaltung von Uwe Böhm.



Seine **HamburgTour der Nachhaltigkeit** eröffnet der Bildungsträger Arbeit und Leben am **Freitag, den 23. Mai**, mit einer ersten Exkursion. Sie ist dem **Leben am Rande des Elburstromtales** gewidmet und startet um 17:00 Uhr an der U-Bahn-Haltestelle Mümmelmannsberg, Ausgang Süd. **Weitere sieben, überwiegend jeweils dreistündige Touren** beziehen sich auf den Alsterlauf (30.5.), Moorwerder (6.6.), Rothenburgsort, Kaltehofe und Vierlande (7.6.), Höltigbaum (13.6.), HafenCity (20.6.), Altstadt (27.6.) und Bergedorf (4.7.). Die Teilnahme kostet 10 Euro pro Exkursion, Anmeldung unter office@hamburg.arbeitundleben.de, mehr Infos unter www.hamburg.arbeitundleben.de.

Nicht vergessen, am **Sonntag, den 25. Mai**, finden die **Wahlen zu den sieben Hamburger Bezirksversammlungen sowie zum Europäischen Parlament** statt!

»Ein Abend voll prekärem Hedonismus«, das verspricht eine offenbar zynisch-ironisch gemeinte **HartzIV-Gala** am **Dienstag, den 3. Juni**, um 20.00 Uhr im »Übel & Gefährlich« (Feldstraße 66). Die »1. kulturell-politische Entertainment Show über HartzIV und das Leben drum herum« macht »aus der Not eine Tugend: HartzIV als Lifestyle«... Mehr unter www.hartz4gala.de.

St. Pauli: PlanBude bringt Leben in die Bude



Pressekonferenz vom 24.4.2014 (Heike Sudmann)

Die BewohnerInnen von St. Pauli haben schon vielfach deutlich gemacht, wie sie sich eine Entwicklung ihres Stadtteils vorstellen. Auf einer »Pressekonferenz am Bauzaun« präsentierten sie am 24. April ihre Überlegungen zur weiteren ESSO-Häuser-Planung.

Wir erinnern uns: Ende letzten Jahres mussten die BewohnerInnen die Gebäude nahe der Reeperbahn Hals über Kopf verlassen, weil sie nach jahrelang ausgebliebener Instandhaltung durch den Vermieter und mangelnder Bauaufsicht seitens des Bezirksamtes »plötzlich« einsturzgefährdet waren. Der politische Druck konnte immerhin erreichen, dass das Bezirksamt der Bayerischen Hausbau – als der gegenwärtigen Eigentümerin des Komplexes – die Auflage machte, mindestens 50% Sozialwohnungsneubau zu errichten. Doch die Immobilienfirma verspricht sich dadurch offenbar zu wenig Rendite, und so stehen die ESSO-Häuser noch immer, und der geplante Abriss, geschweige denn die Neubebauung ist bis auf Weiteres verzögert. Eine gute Möglichkeit, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen.

Auf der Pressekonferenz von »St. Pauli selber machen«, »SOS St. Pauli« und der »Initiative ESSO-Häuser« wurden nun die ersten Überlegungen unter dem Motto »PlanBude« öffentlich gemacht.

»Die Initiativen aus St. Pauli«, so die Presseerklärung vom 24. April, wollen die anliegenden Fragen »weder Investoren noch städtischen Planern allein überlassen. Sie haben Ideen entwickelt, wie das lokale Wissen in die Planung einfließen

kann – und sind mit dem Bezirk im Gespräch über die Umsetzung dieses partizipatorischen Prozesses.«

Die Linksfraktion begrüßt diesen Ansatz der Planung von unten. Hier bekommt die Stadt von engagierten BürgerInnen gezeigt, wie sich ein Stadtteil positiv im Sinne der St. PaulianerInnen entwickeln kann. Die Pläne der Bayerischen Hausbau dagegen sind nur auf Bilanz und Gewinnmaximierung des Unternehmens ausgerichtet. Das hier offensichtlich angewandte Kaputtbesitzen darf nicht nachträglich belohnt werden, die Stadt muss die ExpertInnen vor Ort ernst nehmen und in die Planungen einbeziehen. Die PlanBude bringt Leben in die Bude und verhindert die weitere Schickimickisierung St. Paulis.

In der neuesten Ausgabe von **»sub/urban – Zeitschrift für kritische Stadtforschung«** findet sich eine lesenswerte Analyse der Verhältnisse auf St. Pauli, dargeboten in Form eines Interviews mit Steffen Jörg, Mitarbeiter der Gemeinwesenarbeit (GWA) St. Pauli und Akteur in der ESSO-Initiative. Er veranschaulicht, was es mit der »Melkmaschine St. Pauli« für so genannte InvestorInnen, Miethaie und SpekulantInnen auf sich hat. Herunterzuladen unter: http://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/sub-urban/issue/view/issue/26/pdf_18

Bezirk Nord: nicht nur schick und grün

Von Lars Buchmann



Wasmannstraße in Hamburg-Nord (wikipedia)

Der Bezirk Hamburg-Nord hat ca. 290.000 EinwohnerInnen bei rund 58 Quadratkilometern Größe und gilt als ein bürgerlicher und hinsichtlich der Flora als sehr grüner Bezirk – so heißt es zumindest in der Einleitung zum Hamburg-Journal-Beitrag des NDR am 29.4.2014. Wobei gesehen werden sollte, dass die Quartiere im Bezirk Nord zum Teil doch recht unterschiedlich sind. So haben wir zum einen »schickere« Stadtteile wie Winterhude, Eppendorf oder auch Uhlenhorst und auf der anderen Seite, östlich davon, Stadtteile wie Dulsberg, Barmbek-Nord oder auch Teile von Langenhorn, wo es weniger bürgerlich und auch nicht ganz so grün zugeht.

Insgesamt ist der Bezirk mit seinen 13 Stadtteilen allerdings zum Wohnen und in Teilen zum Arbeiten sehr beliebt. Dies liegt sicherlich auch an der Außenalster sowie dem Alsterfluss, der das Gebiet zu großen Teilen durchzieht. Aber auch am wunderschönen Stadtpark oder dem idyllischen Ohlsdorfer Friedhof als größtem Parkfriedhof weltweit hat mensch seine Freude. Ebenso ist der Flughafen Fuhlsbüttel im gleichnamigen Stadtteil ein Alleinstellungsmerkmal des Bezirks.

Alles in allem genügend Gründe, um InvestorInnen aus der ganzen Welt hier gewinnbringende Immobilienluft wittern zu lassen. Und da die SPD-Wirtschaftsideologie davon ausgeht, dass ein großes privates Immobilienangebot auf der Angebotsseite die Preise sinken lässt, wird gebaut, was die Manpower der Bezirksverwaltung hergibt ... und dies ist nicht wenig. So ist Nord der Bezirk mit den meisten erteilten Baugenehmigungen in Hamburg. Nun könnte man ja sagen: Prächtig, endlich entstehen die so dringend benötigten Wohnungen.

Ein Blick auf die Immobilienseiten der einschlägigen Zeitungen lässt das Problem schnell deutlich werden. Es fehlt preiswerter Wohnraum! Unter preiswertem Wohnraum versteht DIE LINKE in Hamburg Quadratmetermieten von ca. 6 Euro netto-kalt. Dieser Quadratmeterpreis ist selbst bei Neubauten im Passivhausstandard machbar, wenn das Bauvorhaben im 1. Förderweg gefördert wird. Es gibt solche Angebote, nur leider kann man sie wie die berühmte Nadel im Heuhaufen suchen.

Durch den Wegfall einer großen Anzahl von Sozialwohnungen in den nächsten Jahren wird sich das Fehlen von bezahlbaren Wohnungen dramatisch verschlimmern. Doch der SPD-Senat meint, dass sich dieses Problem durch die freien Kräfte des Marktes schon lösen wird. Ein kritischer Blick auf den gewerblichen Sektor für Büroflächen zeigt eine andere Realität. Obwohl in Hamburg über eine Million Quadratmeter Bürofläche leer stehen, sind die Immobilienpreise nach wie vor auch in diesem Segment hoch. Wir können feststellen, die Ideologie von SPD-CDU-FDP und GRÜNEN, der Immobilienmarkt trage selbstregulierende Elemente in sich, wird durch die Praxis Lügen gestraft.

Was benötigt wird, ist ein stärker regulierend eingreifender Senat. Die politischen Voraussetzungen sind, zumindest was die Stimmenverteilung angeht, rücksprachelos vorhanden. Was sind die entscheidenden Faktoren für bezahlbare Mieten in Hamburg?

1. Die städtischen Flächen dürfen NICHT an PrivatinvestorInnen verkauft, sondern nur zeitlich befristet verpachtet werden. Grund und Boden bleiben Eigentum der Stadt. Dieses Vorgehen ist in anderen Ländern (Skandinavien) möglich. Banken vergeben auch auf Pachtbasis Kredite.
2. Der Nichtverkauf von Grund und Boden ist eine geeignete Maßnahme gegen Bodenspekulation und damit überhöhte Gestehungskosten.
3. Dieses wirkt sich Mietzins-senkend aus. Genau das will DIE LINKE.
4. Denn: Das Wohnen ist ein Grundrecht und darf nicht der Profitgier von Investmentkonzernen überlassen sein. Genau dies fordert DIE LINKE.

Es ist somit nicht kompliziert, entsprechende Maßnahmen seitens der Politik zu ergreifen. Man muss es im Interesse der

Lars Buchmann ist Vorsitzender der Linksfraktion in der Bezirksversammlung Nord, Spitzenkandidat zu den Bezirksversammlungswahlen im Bezirk Nord und im Wahlkreis 6 (Barmbek-Nord).

Mehrheit der Menschen in Hamburg nur wollen. Es verlangt aber Mut, sich gegen das große Geld zu stellen. Über 40% der Hamburger Haushalte (rund 400.000) erfüllen die Voraussetzung für einen § 5-Wohnberechtigungsschein, haben also Anspruch auf eine im 1. Förderweg errichtete Wohnung. Dieser wird von der Mehrzahl der BürgerInnen aber aus unterschiedlichen Gründen nicht wahrgenommen. Sollte sich diese Praxis jedoch ändern, würde es einen noch stärkeren Druck auf die hierfür Verantwortlichen geben. Soweit zu den wirtschaftlichen Aspekten der Hamburger Wohnungspolitik.

Nicht unproblematisch sind die mit dem Bau von Wohnungen und dem Versiegeln von Grund und Boden verbundenen Eingriffe in die Natur. Hier muss ein durchdachter und der jeweiligen Situation angemessener Weg gefunden werden.

Unabdingbare Voraussetzung für eine solche naturschonende Vorgehensweise ist die frühzeitige Einbeziehung der vor Ort lebenden Menschen. Hier geht es nicht um BürgerInnen-duldung, sondern um qualifizierte BürgerInnenmitbestimmung. Da hat die Verwaltung wie die herrschende Politik in Hamburg Nord noch sehr viel zu lernen. Die praktizierte Politik, friss Vogel oder stirb, geht hier vollends daneben.

Damit diese Bezirkspolitik nicht wie in der Vergangenheit hinter verschlossenen Türen stattfindet (wie z.B. der Bauausschuss), hat sich in Hamburg-Nord ein so genanntes Nordnetz konstituiert. Hier sind zurzeit 15 Initiativen vornehmlich aus dem Bezirk Nord zusammengeschlossen. Wer hier mit welchen Anliegen aktiv ist, kann im Netz erkundet werden unter



Lars Buchmann und Inge Hannemann (l.)

<http://www.nordnetz-hamburg.de/>. Meines Erachtens ist dies eine neue Qualität von BürgerInnenengagement, sowohl was die Anzahl der Initiativen als auch das Themenspektrum in einem Bezirk anbelangt. In diesem Zusammenhang sei auf die Nordnetz-Veranstaltung am 8. Mai um 19:30 Uhr in der Eppendorfer St. Martinus Kirche (Martinistraße 33/Ecke Tarpentbek) verwiesen. Hier sollen die VertreterInnen der Parteien dem Initiativenverbund Rede und Antwort stehen.

Die Antworten der ParteienvertreterInnen werden für die Wahlentscheidung am 25. Mai 2014 zu den Bezirksversammlungswahlen sicher eine Rolle spielen. Für den einen oder die andere LeserIn des »BürgerInnenbriefs« möglicherweise auch eine interessante Veranstaltung im angrenzenden Bezirk.

Wohnungspolitik: die falschen Fragen

Von Michael Joho



Demo gegen Leerstand in St. Georg, Oktober 2013 (M. Joho)

Rechtzeitig vor den Bezirksversammlungswahlen hatte die SPD-Bürgerschaftsfraktion eine Große Anfrage an ihren SPD-Senat gestellt, »um all die Segnungen seiner Wohnungs- und Mietpolitik preisen zu können«, führte Heike Sudmann in

der dazu eigens anberaumten Bürgerschaftsdebatte am 10. April aus. »Doch die wesentlichen Fragen hat die SPD sicherheitshalber nicht gestellt: Hat sich die Wohnungsnot in den letzten Jahren entspannt oder verschärft? Auf diese Frage

hätte es nur eine Antwort geben können: Sie hat sich weiter verschärft! Und hat sich der Mietenwahnsinn in den vergangenen Jahren wenigstens abgemildert oder beschleunigt? Richtige Antwort: Er hat sich beschleunigt!« Doch in der quasi selbst gestellten Anfrage behauptet der Senat, er »misst den Themen Mieterschutz und Wohnraumschutz wieder den gebührenden Stellenwert zu« (Drs. 20/10884 vom 11.3.2014).

Wichtig wäre bei der Debatte um den »Wohnungsbau und Mieterschutz in Hamburg« (so der Titel der Großen Anfrage) doch, wie es mit den in der jüngsten Vergangenheit beträchtlich verschärften Problemen für Hunderttausende Menschen in unserer Stadt aussieht und an welchen Stellen sich Probleme verringert haben. Die Senatsantwort auf die von den eigenen GenossInnen gestellten Fragen führt eine Reihe von Fakten und Initiativen an, die mehr oder weniger in die richtige Richtung weisen, doch in überhaupt keiner Weise ausreichen und die entscheidenden Fragen nach dem Abbau der Wohnungsnot und des Mietenwahnsinns kaschieren.

Es reicht eben nicht, der Not gehorchend, ein paar Schritte zu unternehmen. DIE LINKE hat seit Jahren verlangt, dass in der Wohnungs- und Mietenfrage nicht gekleckert werden darf, sondern geklotzt werden muss. Dies sei an einigen Herausforderungen und Fakten veranschaulicht, auf die die Große Anfrage der SPD-Fraktion bezeichnenderweise nicht abhebt. Angeführt seien jeweils zwei Aspekte zur akuten Wohnungsnot und zum ebenfalls anhaltenden Mietenwahnsinn.

1) Wir haben in Hamburg keine Wohnungsnot für die gut Betuchten und Reichen, wir haben ein unverändert wachsendes Problem für die Haushalte mit wenig oder durchschnittlichem Einkommen – und daran hat die bisherige SPD-Politik nichts verändert. Aus einer Großen Anfrage der Linksfraktion vom 14. September 2012 (Drs. 20/4998) hatte sich ergeben, dass der **Anteil an mietenspiegelrelevanten Wohnungen unter 6,- Euro/qm netto-kalt** zwischen 2009 und 2011 von 44,8% (= 233.946 Wohneinheiten) auf 32,7% (= 175.534 Wohneinheiten) zurückgegangen war. Dass dieser Trend anhält, bestätigte der Senat am 17. Dezember 2013 in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (Drs. 20/10246). Von 2011 auf 2013 ist der Anteil dieser günstigen Wohnungen nochmals auf 24,3% (= 131.706 Wohneinheiten) abgesunken. Damit haben sich innerhalb von nur vier Jahren der Anteil und die Zahl der Wohnungen unter 6,- Euro/qm netto-kalt nahezu halbiert.

2) Anfang 2014 wurde die »Gebietsfreistellung« – das meint die Regelung, die Einkommensbegrenzung bei der Anmietung öffentlich geförderten Sozialwohnungen temporär und lokal begrenzt aufzuheben – für Mümmelmannsberg und Steilshoop (seit 1977) sowie Neuallermöhe-West (seit 1997) bis 2015 und für Wilhelmsburg (seit 1997) sogar bis 2020 verlängert. Damit stehen laut Senatsantwort auf die Große Anfrage der Linksfraktion vom 21. Februar 2014 (Drs. 20/10649) gut 21% (= 19.000 Wohneinheiten) des sowieso schon viel zu kargen Sozialwohnungsangebots den einkommensärmeren Haushalten potenziell nicht zur Verfügung. Und das bei rund 7.500 Haushalten, die trotz Dringlichkeitsscheins oder -bestätigung zurzeit mit Wohnraum unversorgt bleiben.



Demo im August 2013 (M. Joho)

3) Von einer »Stagnation der Mietpreissteigerung« sprach Stadtentwicklungssenatorin Jutta Blankau anlässlich der Veröffentlichung des »Mietenspiegels 2013« am 12. November 2013 – und hatte damit nicht nur nach Meinung der »taz« das Bonmot der Woche geliefert. Es sei daran erinnert, dass die **Nettokalt-Mieten** im freifinanzierten Wohnungsbau von 2009 auf 2011 um 5,8% angestiegen waren, von 2011 auf 2013 um weitere 5,7% (d.h. zum Stichtag 1. April 2013 auf mittlerweile 7,56 Euro/qm). Hier eine »Stagnation der Mietpreissteigerung« auch noch als Erfolg zu imaginieren, spricht Bände.

4) Am 2. April 2014 veröffentlichte das »Hamburger Abendblatt« die neueste Ausgabe der »Ohmoor-Studie«, für die SchülerInnen des Gymnasiums Ohmoor seit 28 Jahren die Wohnungsinserate auswerten. Die aktuelle Studie – basierend auf Auszahlungen von 5.000 Anzeigen in den Monaten Februar und März 2014 – ergab, dass die durchschnittliche **Neuvermietungsmiete** Anfang 2014 bei 11,83 Euro/qm netto-kalt lag, ein Jahr vorher waren es noch 11,34 Euro, 2005 sogar »erst« 8,69 Euro. Besonders anschaulich ist die Entwicklung in Wilhelmsburg: Betrug die Quadratmeter-Miete im Jahre 2010 noch 7,50 Euro, sind es heute ca. 10,00 Euro/qm.

Nun könnte abschließend noch die rhetorische Frage gestellt werden, ob die lobgepriesenen wohnungs- und mietenpolitischen Maßnahmen des Senats denn im Volke ankommen. Nein, sie kommen nicht, jedenfalls nicht so, wie es sich die SPD vielleicht wünschen mag... Im »Hamburger Abendblatt« vom 15./16. Februar 2014 gab es einen zweiseitigen Artikel unter der Überschrift »Senat auf dem Prüfstand«. Die **Wohnungspolitik** (als einer von elf bewerteten Arbeitsbereichen) stach insofern heraus, als trotz aller Initiativen von Scholz & Co **55% der (befragten) BürgerInnen »unzufrieden«** damit waren (37% waren allerdings auch »zufrieden«). An zweiter Stelle folgte die Finanzpolitik mit 45% Unzufriedenen (und 40% Zufriedenen). Die Wohnungs- und Mietpolitik des Senats bleibt absehbar in der Unzufriedenheitsskala der Hamburger BürgerInnen an oberster Stelle. Darüber kann auch eine vermeintliche Erfolgsliste in der Großen Anfrage nicht hinwegtäuschen.

Auf den Punkt gebracht: »Mietpreisbremse«

Maas' Mietpreisbremse klemmt

Die Mieten in Deutschlands Städten explodieren. Laut aktuellen Zahlen des Mieterbundes steigen die Mieten bei Neuvermietung derzeit in München um 36 Prozent, in Hamburg um 28 Prozent und in Berlin um 20 Prozent. Die angekündigte Mietpreisbremse von Bundesjustizminister Maas soll diese Mieterhöhungen bei 10 Prozent deckeln. Das klingt gut. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber: die Mietpreisbremse klemmt. Kräftige Mietsteigerungen werden die Regel bleiben.

Ortsübliche Vergleichsmiete ist die falsche Grundlage

Vermieter dürfen künftig, wenn sie eine Wohnung neu vermieten, einen Aufschlag von maximal 10 Prozent auf die ortsübliche Vergleichsmiete verlangen, ohne dass es zu einer Verbesserung der Wohnung kommen muss. Der zentrale Preistreiber der letzten Jahre bleibt dabei unangetastet: Die ortsübliche Vergleichsmiete als solche. Sie bildet keinesfalls den Durchschnitt aller bezahlten Mieten ab. Bei ihrer Berechnung, so ist es gesetzlich festgelegt, werden nur die Verträge berücksichtigt, die in den letzten vier Jahren neu abgeschlossen wurden, die also tendenziell über dem Schnitt liegen. Ältere Verträge werden mitgezählt, wenn der Wohnungseigentümer in den letzten vier Jahren die Miete erhöht hat. Grundlage für den künftigen Aufschlag von 10 Prozent

sind also ausgerechnet die Mietverträge, die in den letzten Jahren ohnehin explodiert sind.

Ausnahmen von der Mietpreisbremse

Zudem gibt es - wie üblich bei Vorhaben der Großen Koalitionen - einige Ausnahmen. Die Mietpreisbremse gilt zum Beispiel nicht:

- bei laufenden Mietverträgen;
- in Stadtgebieten ohne »angespannten Wohnungsmarkt«;
- wenn die Vormiete über dem Mietspiegel liegt (Bestandsschutz)

Sozialer Wohnungsbau kein Thema

Maas' Mietpreisbremse vernachlässigt die Ursachen der steigenden Mieten. Die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland geht rapide zurück. Schuld an dieser Entwicklung ist auch der Rückzug des Bundes aus der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus. Schon heute fehlen nach Angaben des Mieterbundes mindestens vier Millionen Sozialwohnungen. Notwendig wäre der Neubau von mindestens 150.000 Sozialwohnungen jährlich - auch um die Entwicklung der Mieten insgesamt zu bremsen. Die Mietpreisbremse von Maas sieht jedoch keine weiteren Mittel des Bundes vor.



Nicht nur die Mietpreisbremse hat ihre Lücken, auch das vor einem Jahr von der Bürgerschaft beschlossene Wohnraumschutzgesetz erfüllt keineswegs die Erwartungen. Die Mietervereine kritisieren, dass unverändert ca. 2.000 Wohnungen

in Hamburg leerstehen. Passend dazu der Bericht im »NDR-Hamburg Journal« am 3. Mai 2014: www.ndr.de/fernsehen/sendungen/hamburg_journal/media/hamj33769.html.

Kulturipp: Am 10. Mai die Qual der Wahl



Klotzfest 2013 (Foto www.comm-ev.de)

Eigentlich sollte die Benennung gleich zweier Kulturipps – wie im letzten »BürgerInnenbrief« geschehen – die absolute Ausnahme bleiben, aber am Samstag, den 10. Mai, dürfte es auch dem einen oder der anderen Leserin schwer fallen, sich zu entscheiden.

Da ist zum einen die Tagung »Arbeitszeitverkürzung – ein Weg aus der Krise?«, die in den letzten Tagen noch einmal eine gewisse Prominenz erfuhr, weil Hamburgs ver.di-Chef Wolfgang Abel seinen angekündigten Rücktritt u.a. mit der Durchführung dieser Tagung begründete, von der er offenbar wenig hält. Im Mittelpunkt der ganztägigen Veranstaltung – organisiert von einem breiten Bündnis u.a. aus den Einzelgewerkschaften ver.di und GEW, attac, SoVD, SOAL, den Naturfreunden und der Rosa-Luxemburg-Stiftung – steht die Diskussion der 30-Stunden-Woche, die nicht nur mehr Arbeitsplätze, sondern natürlich auch mehr Zeit für die Familie und Freizeit schafft. Die Veranstaltung findet in der Gewerbeschule 1 (Angerstraße 7-11) von 10:00 bis 19:00 Uhr statt. Ab 10:00 Uhr werden Inge Hannemann, Beate Zimpelmann, Heinz-Josef Bontrup, Niko Paech und Winfried Wolf über »Dimensionen der Arbeitszeitverkürzung« diskutieren. Von 12:00 bis 16:30 Uhr folgen selbstorganisierte Workshops, danach gibt es eine Gesangseinlage vom Chor der GewerkschafterInnen und um 17:00 Uhr eine Podiumsdiskussion zur Frage, wie Arbeitszeitverkürzung durchzusetzen ist; daran teilnehmen wer-

den Siggie Frieß, Sybille Stamm, Steffen Lehndorff und Klaus Wicher. Der Eintritt ist frei, Anmeldung (wichtig) im Netz unter www.kongress-azv2014.de.

Ab Mittag läuft diese Tagung leider parallel zum diesjährigen »Klotzfest«. Von 13:00 bis 19:30 Uhr heißt es »Tanz den Klotz!«, und rund um den Kriegsklotz am Dammtor gibt es reichlich Programm, um dem inzwischen durchgesetzten Beschluss, ein Deserteursdenkmal neben dem 76er-Kriegerdenkmal zu errichten, Nachdruck zu verleihen. Zurzeit läuft noch der von der Kulturbehörde ausgelobte Wettbewerb für die Errichtung eines solchen Deserteursdenkmals, das bis zum Jahre 2015 realisiert werden dürfte, 70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg. Der Kriegsklotz soll also nicht mehr geschliffen werden, wie das jahrelang von Initiativen gefordert worden war, vielmehr zielt das »Bündnis für ein Hamburger Deserteursdenkmal« darauf ab, dem monströsen Kriegerdenkmal etwas künstlerisch und politisch Überzeugendes entgegenzusetzen. Dies wird sich am betreffenden Nachmittag sicher in den Reden von Peggy Parnass und des 1952 desertierten US-Journalisten Victor Grossmann niederschlagen. Neben weiteren von verschiedenen KünstlerInnen vorgetragenen Kurztexten gibt es Tanz und Musik mit Jonkanoo, Kai Degenhardt, SongX, Spielwerck und Master AL. Durchs Programm führt Heike Sudmann. Mehr dazu unter www.feindbeguenstigung.de.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de oder tim.golke@linksfraktion.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.